



Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe nützt Entwicklungs- und Industrieländern	211
Zunehmende Wachstumsschwierigkeiten im RGW	216

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 20/79

Berlin

17. Mai 1979

46. Jahrgang

Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe nützt Entwicklungs- und Industrieländern

Auf der gegenwärtig in Manila stattfindenden Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD-V) zählt der Ressourcentransfer¹ in die Dritte Welt – neben den Problemen des internationalen Handels, der Rohstoffwirtschaft und der Verschuldung – zu den zentralen Themen. Stand noch bis vor kurzem die zögernde Haltung der Bundesregierung bei der Finanzierung des Gemeinsamen Rohstoff-Fonds im Vordergrund der Kritik, so wird die Bundesrepublik derzeit insbesondere wegen der geringen Höhe ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe kritisiert. Das Bundeskabinett hat die Entscheidung über eine Erhöhung vorerst aufgeschoben. Damit wurde wiederum versäumt, zur rechten Zeit einen konstruktiven Beitrag in den Nord-Süd-Dialog einzubringen. Wegen ihrer positiven politischen und ökonomischen Wirkungen wäre aber eine drastische Aufstockung des öffentlichen Kapitaltransfers angezeigt. Das DIW hält mindestens eine Verdoppelung der öffentlichen Hilfe bis 1982 für angemessen und begründbar.

Entwicklung des Ressourcentransfers

Die internationalen Bemühungen zur Unterstützung der Entwicklungsanstrengungen der Dritten Welt konzentrieren sich auf die Ausweitung des Handels und die Verstärkung der wirtschaftlichen und technischen Hilfe. Die gesamten Leistungen der westlichen Industrieländer betragen im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1977 netto² rund 44 Mrd. \$ jährlich. Davon machten die privaten und öffentlichen Leistungen zu marktmäßigen oder -nahen Konditionen rund zwei Drittel aus. Die öffentlichen Leistungen zu günstigen Konditionen – die Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinne – nahmen real in den letzten zehn Jahren mit durchschnittlich knapp 1 vH p. a. nur geringfügig zu³. In Relation zum Brutto-sozialprodukt sank der öffentliche Nettotransfer der westlichen Industrieländer auf 0,31 vH im Jahre 1977.

Dieser Durchschnittswert für alle DAC-Mitglieds-länder⁴ zusammen wird von einigen beträchtlich übertroffen: So erreichen Frankreich und Dänemark 0,6 vH; Norwegen, Holland und Schweden übertreffen gar die international akzeptierte Zielmarke von 0,7 vH⁵. Die Bundesrepublik Deutschland erbringt – ebenso wie USA und Japan – derzeit nicht einmal die Hälfte davon. Dies bietet große Angriffsflächen

¹ „Ressourcentransfer“ ist der in der entwicklungspolitischen Diskussion übliche Sammelbegriff für die Übertragung von Kapital, Technologie, Wissen usw. von Industrieländern an die Entwicklungsländer.

² Bruttoauszahlungen minus Rückzahlungen.

³ Zum Vergleich: Reale Zunahme des Brutto-sozialprodukts der westlichen Industrieländer: 3,6 vH p. a.

⁴ DAC = Entwicklungshilfeausschuß der OECD.

⁵ Die UN-Vollversammlung legte 1970 fest, daß jedes Industrieland seine öffentliche Hilfe bis Mitte der 70er Jahre auf mindestens 0,7 vH seines BSP steigern solle.

gegenüber der „Gruppe der 77“⁶ auf internationalen Konferenzen wie gegenwärtig in Manila. Je weniger sich einzelne große Geberländer – trotz wiederholter Versprechen, die Norm anzusteuern – an ihre Zusicherungen halten, desto schwieriger wird es zudem für andere Länder, höhere Budgetansätze innenpolitisch durchzusetzen.

Auf der Basis der geltenden mittelfristigen Finanzplanung kann die Bundesregierung in absehbarer Zeit den Vorstellungen der Entwicklungsländer nicht wesentlich entgegenkommen, geschweige denn ihr Versprechen einlösen: Zwar ist die angesetzte Steigerungsrate für den Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit durchschnittlich 9 vH p. a. doppelt so hoch wie die für den gesamten Bundeshaushalt vorgesehene. Damit wäre aber nur eine Ausweitung der Leistungen von derzeit rund 4,5 Mrd. auf knapp 6 Mrd. DM im Jahre 1982 zu erzielen. Die nominale Verdoppelung des Entwicklungsetats bis zu diesem Zeitpunkt (so der jüngste Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen des Bundestags) würde eine jährliche Zunahme von gut 25 vH erforderlich machen. Selbst damit läge der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe im Jahre 1982 noch weit unter 0,7 vH⁷.

Aufnahmekapazität steigerungsfähig

Regelmäßig wird der Vorwurf erhoben, die Entwicklungsländer würden nicht effizient mit ihren eigenen Ressourcen und importiertem Kapital umgehen; zudem flösse zusätzliche Auslandshilfe häufig repräsentativer oder gar militärischer Verwendung zu. Diese Vorwürfe sind zwar nicht immer unberechtigt, für die große Mehrheit der Entwicklungsländer treffen sie aber nicht zu. Ernst zu nehmen ist dagegen das Argument, die ökonomische und organisatorische Aufnahmekapazität vieler Entwicklungsländer sei schon jetzt unzureichend. Mit diesem Einwand wird auf verschiedene Ursachen Bezug genommen, die – jede für sich, aber erst recht gebündelt – Hemmnisse für den produktiven Einsatz von Kapital, Technologien und realen Investitionen aus Industrieländern darstellen können. Diese Absorptionsfähigkeit wird nicht einheitlich definiert; sie ist im wesentlichen bestimmt durch Umfang, Struktur und Qualität der komplementären Produktionsfaktoren im Entwicklungsland (natürliche Ressourcen, Infrastruktur, Ausbildungsstand) sowie institutionelle und administrative Engpässe. Zur Vergrößerung der Absorptionsfähigkeit ist es daher erforderlich, einen Teil des zusätzlichen Kapitaltransfers unmittelbar für die Beseitigung dieser typischen Engpässe zu verwenden sowie zunächst verstärkt solche Projekte durchzuführen, die mit geringem Aufwand an lokalen Ressourcen auskommen, dabei aber das Angebot von knappen Faktoren insgesamt vergrößern⁸.

Nicht zuletzt begrenzen aber auch die von den Industrieländern angewendeten Verfahren der Mittelvergabe die Absorptionskapazität. So hat jedes Geberland eigene Kriterien für die Projektfindung, -prüfung und -abwicklung wie auch eigene Vorstellungen über die zu fördernden Sektoren sowie die Mischung von Leistungen im Rahmen der Finanzziele und Technischen Zusammenarbeit. Dies gilt in verstärktem Maße, wenn mehrere Länder bzw. internationale Organisationen beteiligt sind. Dringlich wäre deshalb eine stärkere internationale Koordinierung der Projektprüfung. In vielen Fällen wäre aber auch ein vereinfachtes Prüfungsverfahren zu vertreten.

Hohe Auslandsverschuldung: Kein Argument gegen mehr Entwicklungshilfe

Eine starke Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe würde die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer erheblich mildern. Zufriedenstellende Lösungen für die beiden Kernpunkte des Nord-Süd-Dialogs, Handel und Ressourcentransfer, hätten die Verschuldung in den meisten Fällen erst gar nicht zu einem Problem werden lassen. Tatsächlich hat sich die Auslandsverschuldung zu einem der zentralen Themen der entwicklungspolitischen Diskussion entwickelt. Die Probleme liegen sowohl in der kräftigen Zunahme als auch in der sich wandelnden Struktur der Verschuldung:

- Nach der Ölpreisexlosion haben sich die Schulden der Entwicklungsländer gegenüber dem Ausland binnen drei Jahren nominal nahezu verdoppelt (die Schätzungen für Ende 1977 lauten auf 200 Mrd. bis 250 Mrd. US- $\text{\$}$);
- mit 25 vH p. a. war die Steigerung am stärksten in den Ländergruppen im unteren Mittelfeld der (Pro-Kopf-)Einkommensskala, hingegen mit knapp 19 vH etwas geringer bei Ländern mit niedrigem Einkommen;
- Kredite aus privaten Quellen nahmen während der genannten Zeit mit 30 vH p. a. doppelt so schnell zu wie die aus öffentlichen Mitteln;

⁶ Die „Gruppe der 77“ existiert seit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD-I) in Genf 1964; inzwischen gehören dieser Gruppe rund 120 Entwicklungsländer an.

⁷ Unterstellt man für das deutsche BSP einen jährlichen Zuwachs von 6 vH nominal, dann ergibt sich für 1982 ein Anteil von 0,54 vH öffentlicher Hilfe am BSP.

⁸ Beispiele sind forstwirtschaftliche Maßnahmen, die der Verkarstung und Versteppung entgegenwirken, mit positiven Wirkungen auf lokale Arbeitsplätze, Klima und künftige Bauholz- und Energieversorgung sowie (kapital-)intensiv betriebene Erschließung heimischer Energieträger (Erdgas, Kohle, Wasser) mit dem Ziel, die ständige Zahlungsbilanzbelastung durch derzeit notwendige Ölimporte zu mildern.

– mit der stärkeren Hinwendung zu privaten Quellen sind die Konditionen härter geworden (höhere Zinsen, kürzere Laufzeiten).

Problematisch ist die Verschuldung jedoch nicht schon deshalb, weil sie zunimmt; darin drückt sich auch wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung aus. Für immer mehr Länder hat sich in jüngster Zeit die Lage vielmehr deshalb verschärft, weil ihr Schuldendienst stärker wächst als ihr Erlös aus Exporten. Die meisten Entwicklungsländer haben sich in den letzten Jahren mehr verschulden müssen, weil sie Rohöl zu stark gestiegenen Preisen importieren mußten, ihre sonstigen Importe aber nicht entsprechend drosseln konnten. Dabei haben die Länder mit niedrigerem Durchschnittseinkommen die weitaus größte Ausweitung ihrer Schuldendienste hinnehmen müssen. Hohe Schuldendienste wären allerdings erträglich, wenn zusätzliches Auslandskapital ins Land käme, das letztlich durch induzierte Exportsteigerung bzw. Importsubstitution die Devisenerlöse netto erhöhen würde. Privatkapital kann in der erforderlichen Höhe nur für wenige, relativ fortgeschrittene Länder mobilisiert werden. Den meisten Ländern der Dritten Welt ist nur durch eine massive Aufstockung der öffentlichen Mittel geholfen.

Das aus der wachsenden Schuldenlast entstehende ökonomische wie politische Konfliktpotential ist dadurch zwar nicht völlig zu entschärfen, wohl aber wirksam einzudämmen: Die Frage der Verschuldung hätte im Nord-Süd-Dialog nicht ihren derzeitigen Rang, wenn die großen Industrieländer nicht seit Jahren erheblich unter der von ihnen akzeptierten Zielmarke geblieben wären und wenn die Entwicklungshilfe-„Mix“ aus Krediten und Geschenken insgesamt weicher konditioniert worden wäre. Wer die globalen Probleme, die sich aus mäßigen Exporterlösen, zu geringem Ressourcentransfer und drohender Überschuldung der Dritten Welt ergeben, spürbar reduzieren will, muß Sachverstand und Kapital in großem Stile zu günstigen Bedingungen übertragen.

Da die Bundesrepublik zu den Ländern mit den härtesten Konditionen gehört⁹, ist auch nicht zu befürchten, daß sie mit einer großzügigeren Vergabepolitik andere Geberländer subventionieren würde.

Politische und wirtschaftliche Motive der Entwicklungshilfe

Die Entscheidung über Umfang und Konditionen der öffentlichen Leistungen sollte freilich nicht isoliert unter dem Blickwinkel der Verschuldung getroffen, sondern auch in den Zusammenhang der gesamten politischen und ökonomischen Beziehungen mit der Dritten Welt gestellt werden:

- Allein aus humanitären Gründen ist eine substantielle Aufstockung der Hilfeleistung angesichts der Not von Millionen Menschen voll gerechtfertigt. Umfangreiche Maßnahmen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse sind nicht ohne externe Hilfe zu finanzieren.
- Es würde die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik erhöhen, wenn sie in bezug auf das Entwicklungshilfeniveau mit den in dieser Hinsicht fortschrittlicheren Industriestaaten gleichziehen würde.
- Zur Wahrung legitimer eigener Interessen ist die Bundesrepublik bei der Lösung gegenwärtiger und künftiger Probleme (Rohstoffversorgung, Absatzmärkte, Berlin-Klausel) auf längere Sicht auch auf eine positive Grundhaltung der Mehrheit der Länder in der „Gruppe der 77“ angewiesen.
- Erhöhte öffentliche Leistungen wirken sich über eine verstärkte Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern günstig auf die eigene Volkswirtschaft aus und stellen somit auch in ökonomischer Sicht kein Opfer dar.

Die Rückwirkungen verstärkter Beziehungen zur Dritten Welt auf die deutsche Wirtschaft werden im folgenden in ihren verschiedenen Aspekten näher untersucht.

Rückflüsse und ihre Wirkungen

Während man für die Industrieländer insgesamt damit rechnen kann, daß die von ihnen transferierten Mittel unmittelbar oder mittelbar (über andere Ländergruppen) nahezu vollständig wieder zurückfließen, kann für das einzelne Geberland die Höhe der Rückflüsse vom Umfang des Kapitaltransfers abweichen. Für die Bundesrepublik Deutschland läßt sich folgendes schätzen:

- Von der deutschen Kapitalhilfe werden fast zwei Drittel für Lieferungen deutscher Unternehmen ausgezahlt¹⁰. Das entsprach 1976 und 1977 einem Betrag von etwa 1,2 Mrd. bzw. 1 Mrd. DM. Hinzu kommen Sachmittellieferungen im Rahmen der Technischen Hilfe, die sich 1976 auf gut 160 Mill. DM beliefen¹¹.
- Von den Auszahlungen der Weltbankgruppe, die den größten Teil der multilateralen Hilfeleistungen ausmachen, flossen bisher etwa 14 vH in die

⁹ OECD, 1978 DAC Review, S. 217.

¹⁰ Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau: Sonderuntersuchung über die Verwendung der deutschen Kapitalhilfeauszahlungen nach Lieferländern, Lieferbranchen und Warengruppen im Jahre 1977, Frankfurt, September 1978.

¹¹ Vgl. G. Ashoff, D. Weiss: Binnenwirtschaftliche Wirkungen der deutschen Entwicklungspolitik, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, Februar 1978.

Bundesrepublik; 1976 und 1977 waren es 16 bis 17 vH. Insgesamt sind für 1976 Rückflüsse aus multilateralen Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von etwa 1 Mrd. DM nachweisbar¹².

- Schätzt man die Aufträge an deutsche Firmen aus der nichtliefergebundenen bilateralen Entwicklungshilfe der anderen Industrieländer entsprechend dem deutschen Anteil an den gesamten Importen der Entwicklungsländer¹³, kommt man für 1977 auf eine Größenordnung von 450 Mill. DM.
- Für den privaten deutschen Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer lassen sich die resultierenden deutschen Exporte für 1977 auf rund 2 Mrd. DM schätzen¹⁴.

Insgesamt können für 1977 die aus Kapitaltransfers finanzierten deutschen Exporte in die Entwicklungsländer auf mindestens 4,5 Mrd. DM veranschlagt werden (gut 20 vH der gesamten Exporte der Bundesrepublik in diese Ländergruppe). Noch nicht berücksichtigt sind dabei Zulieferungen an deutsche Unternehmen in Entwicklungsländern und unmittelbare Rückflüsse aus privatem Kapitaltransfer der anderen Geberländer.

Darüber hinaus ergeben sich mittelbar Exportaufträge von schätzungsweise 3 Mrd. DM für die deutsche Wirtschaft aus den Wachstumsimpulsen, die in den anderen DAC-Ländern durch Rückflüsse aus dem Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer ausgelöst werden¹⁵. Insgesamt kann man also für 1977 die Exporte der Bundesrepublik Deutschland, die sich aus dem Nettoressourcentransfer aller DAC-Länder ergeben, auf rund 7,5 Mrd. DM veranschlagen.

Auf der Basis von Input-Output-Rechnungen¹⁶ läßt sich schätzen, daß Exporte in dieser Höhe zu einem Bruttoinlandsprodukt von fast 10 Mrd. DM führen. Die sich daraus ergebenden Einnahmen an indirekten und direkten Steuern dürften gut 3 Mrd. DM betragen haben; in der Größenordnung entsprach dies dem gesamten Etat des BMZ im Jahre 1977.

Positive Wirkung auf den deutschen Arbeitsmarkt

Eine Verstärkung des Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer erhöht das Nachfragepotential derjenigen Ländergruppe, deren Bedarf an zusätzlichen Gütern und Diensten am größten ist. Zugleich wird damit aber auch ein Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungslage in den Industrieländern selbst geleistet. Das DIW hat wiederholt auf diesen Zusammenhang hingewiesen¹⁷. In der Bundesrepublik entspricht eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts von 10 Mrd. DM cet. par. einem Beschäftigtenzuwachs von rund 200 000. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Industrieländern kann zwar nur durch eine umfassende und im wesentlichen auf Anregung der

inländischen Endnachfrage zielende Politik wirksam bekämpft werden. Eine massive Erhöhung der Kaufkraft der Entwicklungsländer kann aber durchaus einen spürbaren Beitrag leisten: So ließe sich durch eine Verdoppelung des heutigen Netto-Ressourcentransfers, d. h. eine Erhöhung um 50 Mrd. \$ oder 1 vH des Sozialprodukts der westlichen Industrieländer, ein Beschäftigungseffekt erzielen, der etwa 17 vH der Arbeitslosenzahl bzw. 0,9 vH-Punkte der Arbeitslosenquote in den Industrieländern entspricht.

Inflationstendenzen dürften von einem solchen Programm kaum ausgehen. In den Industrieländern ist die Auslastung der industriellen Kapazitäten noch immer so niedrig, daß global ein ausreichender Spielraum für die Bedienung zusätzlicher Nachfrage der Entwicklungsländer gegeben ist. Sektoral ist die Auslastung zwar unterschiedlich, so daß in einzelnen Bereichen zunächst Engpässe auftreten könnten. Bei den zur Diskussion stehenden Größenordnungen dürften diese aber kaum ins Gewicht fallen. Zudem ist ein entsprechender Ausbau der Kapazitäten möglich, wenn man berücksichtigt, daß eine Verdoppelung des Ressourcentransfers nur über mehrere Jahre verteilt realisierbar ist.

Legt man die Güterstruktur der deutschen Exporte in die Entwicklungsländer zugrunde — sie ist auch für andere Industrieländer typisch —, dann führt verstärkte Nachfrage der Entwicklungsländer zu Produktionssteigerungen insbesondere im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie, im Fahrzeugbau und in der chemischen Industrie. Selbst eine Erhöhung der deutschen Exporte in die Ent-

¹² Ebenda. Zu etwa dem gleichen Ergebnis kommt eine Studie der PROGNOSE AG; vgl. Ch. Bergmann, H. E. Grundmann: Arbeitsplatzsicherung durch Entwicklungshilfe-Kredite und Exporte in Entwicklungsländer, Basel, April 1978.

¹³ Der Anteil der Bundesrepublik an den gesamten Importen der außereuropäischen Entwicklungsländer (ohne OPEC) liegt bei 6 vH.

¹⁴ Dabei wird angenommen, daß den Exportkrediten in voller Höhe deutsche Ausfuhr gegenüberstehen, die Direktinvestitionen etwa zur Hälfte zu Exporten führten und die übrigen privaten Leistungen entsprechend dem deutschen Anteil am Gesamtimport der Entwicklungsländer für Aufträge an die deutsche Wirtschaft verwendet wurden.

¹⁵ Zugrundegelegt wurde die Relation der deutschen Exporte in die anderen Geberländer zu deren Sozialprodukt von knapp 2 vH. Ferner wurde davon ausgegangen, daß der gesamte Kapitaltransfer letztendlich zu Nachfrage nach Gütern der Industrieländer führt und der Multiplikator 1,5 beträgt. Dieser Wert ergibt sich aus Modellrechnungen des DIW für die Bundesrepublik Deutschland. Da die Relationen in den Industrieländern nicht zu stark voneinander abweichen dürften, können für die anderen Länder tendenziell ähnliche Nachfrage-Steigerungseffekte wie in der Bundesrepublik angenommen werden.

¹⁶ Vgl. die Ergebnisse in G. Ashoff, D. Weiss: a.a.O., die auf Berechnungen des DIW basieren und die direkten, indirekten sowie einkommensmultiplikativen Wirkungen umfassen.

¹⁷ Vgl. etwa Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1979. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 4–5/1979, S. 25.

wicklungsländer um 50 bis 100 vH, d. h. um etwa 10 Mrd. bis 20 Mrd. DM, dürfte – ausgenommen beim Fahrzeugbau – noch innerhalb der bestehenden sektoralen Kapazitäten möglich sein.

Schlußfolgerungen

Eine Verstärkung des Wachstums in den Entwicklungsländern – mit positiven Rückwirkungen auf die Industrieländer – ist aufgrund anderer Ausgangsbedingungen nicht schon durch eine Wiederholung des „Marshallplans“ möglich, der nach dem Zweiten Weltkrieg die Basis für den Wiederaufbau zerstörter europäischer Volkswirtschaften schuf. Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern kommt es nämlich neben dem Transfer von Finanzkapital vor allem auf die Bereitstellung von komplementären Faktoren wie Fachpersonal und Ausbildung an. Da zudem ein großer Teil der Mittel in den Ausbau der Infrastruktur und damit in nicht unmittelbar gewinnträchtige Bereiche fließen müßte, wäre in besonderem Maße öffentliche Hilfe nötig. Deren Erhöhung ist Voraussetzung für ein größeres privates Engagement in den meisten Entwicklungsländern. Auf der Grundlage der hier vorgelegten Überlegungen hält das DIW deshalb die Forderung, die öffentliche Entwicklungshilfe bis 1982 mindestens zu verdoppeln, für angemessen.

Bei der Realisierung sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

- Pläne zur Erhöhung des Ressourcentransfers können nicht unter kurzfristigen konjunkturellen Gesichtspunkten aufgestellt werden; sie müssen langfristig angelegt sein. Man sollte sie jedoch angesichts der freien Kapazitäten und unbeschäftigten

Arbeitskräfte in den Industrieländern jetzt in die Tat umsetzen.

- Die an die Entwicklungsländer zu vergebenden Mittel dürfen nicht zur Stützung von nicht mehr konkurrenzfähigen Wirtschaftszweigen im eigenen Lande benutzt werden, indem man z. B. die Empfängerländer verpflichtet, diejenigen Güter zu kaufen, für die in den Industrieländern die größten freien Kapazitäten vorhanden sind. Den Schaden davon hätten auf längere Sicht nicht zuletzt die Industrieländer selbst.
- Die Stärkung der Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer darf nicht durch protektionistisches Verhalten der Industrieländer konterkariert werden. Dies bedeutet, daß die Erhöhung der Entwicklungshilfe von einer Unterstützung des Strukturwandels in den Industrieländern begleitet sein muß.
- So wichtig es auch ist, die für die Industrieländer positiven Wirkungen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hervorzuheben, sollte man sich doch nicht dazu verleiten lassen, die Zusammenarbeit vorwiegend oder sogar allein unter dem Gesichtspunkt zu sehen, welche Vorteile – vor allem kurzfristiger Art – den Industrieländern entstehen.

Bei der Ausgestaltung eines Programms zum verstärkten Transfer von Ressourcen sollten mithin nicht binnenwirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern die Bedürfnisse der Entwicklungsländer Vorrang haben. Der Beschluß, die Entwicklungshilfe kräftig zu erhöhen, dürfte jedoch leichter gefaßt werden, wenn man die positiven Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft kennt.

Zunehmende Wachstumsschwierigkeiten im RGW

Zur Wirtschaftslage 1978/1979

Im Gegensatz zu den westlichen Ländern liegen die wirtschaftlichen Sorgen in den Staaten des politischen Osteuropas im wesentlichen auf der Angebotsseite: Die Produktion von Industrie und Landwirtschaft reicht in vielen Fällen mengenmäßig, in der Regel aber auch qualitativ nicht aus, den wachsenden Bedarf von Wirtschaft und Bevölkerung zu decken. Diese Angebotslücken werden durch unzureichende Leistungen der bislang stark vernachlässigten und außerdem schlecht organisierten Dienstleistungs- und Infrastrukturbereiche noch verschärft. Vom Außenhandel ist ein positiver Beitrag zur Güterbereitstellung mittelfristig nicht zu erwarten. Im Gegenteil, der anwachsende Schuldendienst gegenüber den westlichen Gläubigern macht es erforderlich, daß die gesamtwirtschaftliche Güterproduktion schneller steigt als die Inlandsverwendung. Dringlicher noch als im Westen stellt sich überdies das Problem der Sicherung der zukünftigen Energieversorgung, weil Engpässe in der Energieproduktion die gesamtwirtschaftliche Leistung bereits heute stark beeinträchtigen. Alles in allem: Der Spielraum für eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung wird enger.

In den europäischen Mitgliedsstaaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)¹ stieg das Nationalprodukt im vergangenen Jahr insgesamt um 4 vH²; gegenüber dem Vorjahr hat sich das Expansionsstempo um einen Prozentpunkt verringert. Die RGW-Staaten, deren Entwicklungsniveau immer noch deutlich hinter dem des industrialisierten Westens zurückliegt, haben damit im vergangenen Jahr auch ihren Wachstumsvorsprung gegenüber den OECD-Ländern (Zunahme des realen Bruttosozialprodukts 1978: + 4 vH) nicht halten können.

Zur Verfehlung der Planvorgaben im Jahr 1978 haben neben der Landwirtschaft in erster Linie Bauwirtschaft, Verkehr und Handel (übrige Produktionsbereiche) beigetragen (Zunahme in vH):

	1978 Plan	1978 Ist	1979 Plan
Industrie	6,9	6,3	6,2
Landwirtschaft	5,9	3,0	4,1
Übrige Sektoren	4,6	0,9	1,7

Gebiet und Bevölkerung der RGW-Länder
Jahresmitte 1977

	Fläche	Bevölkerung	
	1000 qkm	Mill. Personen	Personen je qkm
Bulgarien	111	8,8	79
CSSR	128	15,0	117
DDR	108	16,8	155
Polen	313	34,7	111
Rumänien	238	21,5	90
Ungarn	93	10,7	115
RGW (6)	991	107,5	108
UdSSR	22 402	258,7	12
RGW (7)	23 393	366,2	16

Quelle: Statistisches Jahrbuch der CSSR 1978.

In den kleineren RGW-Staaten (6) war der Rückgang des Produktionsanstiegs ausgeprägter als in der UdSSR. In Polen, das den geringsten Zuwachs aufwies, und in Ungarn hat sich die Zunahme der Produktion im Vergleich zu 1977 sogar halbiert. Die geplante Steigerung des Nationalprodukts konnte in keinem der sechs RGW-Länder erreicht werden. Schon dieser Planzuwachs für 1978 lag im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Ziel für 1976/80.

Diese übrigen Produktionsbereiche, die gegenwärtig in den sechs kleineren RGW-Ländern einen Beitrag zum Nationalprodukt von knapp 30 vH leisten, wurden größtenteils stark zugunsten der Industrie vernachlässigt – das gilt in ganz besonderer Weise

¹ Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Ungarn. Die Wirtschaftslage der DDR wird detailliert hier nicht behandelt. Vgl. dazu DDR-Wirtschaft auf flacherem Wachstumspfad. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 6/1979.

² Die Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den RGW-Staaten trifft nach wie vor auf eine Reihe von spezifischen Schwierigkeiten statistischer und informatorischer Art. Die Daten über die Planerfüllung sind naturgemäß vorläufig, und die geplanten Zuwachsraten beziehen sich auf das von den Planbehörden jeweils erwartete Ergebnis des Vorjahres. Entscheidend ist jedoch, daß sich die statistische Berichterstattung der RGW-Länder trotz der gegenteiligen Verpflichtung ihrer Regierungen in der KSZE-Schlußakte bisher grundsätzlich nicht verbessert hat. Über viele Bereiche werden überhaupt keine Angaben veröffentlicht (z. B. Zahlungsbilanz), und diese Lücken lassen sich nur in wenigen Fällen durch Schätzungen schließen. Häufig besteht überdies Unsicherheit, ob sich die veröffentlichten Veränderungsdaten auf nominale oder reale Werte beziehen, weil – wohl bewußt – keine Erläuterungen über die Preisbasis gegeben werden (z. B. Entwicklung des Außenhandels). Bei vielen Daten läßt sich schließlich die Aussagekraft nicht beurteilen (z. B. Realeinkommen der Bevölkerung), weil die Ermittlungsmethode nicht erläutert wird.

Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern

Jährliche Veränderung in vH

Länder	1965/60 ¹⁾	1970/65 ¹⁾	1975/70 ¹⁾	1976	1977	1978		1979	1980/75 ¹⁾	
	Ist						Plan			
	Beschäftigte									
Bulgarien ²⁾	0,8	0,6	0,5	0,6	0,5	.	.	.	0,4	
CSSR	1,3	1,7	1,1	0,6	0,6	0,7	.	.	0,5	
DDR	- 0,1	0,2	0,5	0,9	0,8	.	.	.	0,7	
Polen	1,7	2,3	2,0	0,9	0,9	1,0	1,5	.	1,3	
Rumänien	0,3	0,4	0,6	0,8	0,4	
UdSSR	2,6	2,3	1,9	1,2	1,5	2,0	3)1,0	.	.	
Ungarn	0,2	1,4	0,3	0,2	-0,2	0,1	.	.	0,2	
	Produziertes Nationalprodukt									
Bulgarien	6,7	8,7	7,8	6,3	6,3	6,0	6,8	7,0	7,7	
CSSR	2,0	6,9	5,5	3,9	4,2	4,0	4,9	4,3	4,9 - 5,2	
DDR	3,4	5,2	5,4	3,6	5,2	4,0	5,2	4,3	4,9 - 5,4	
Polen	6,1	6,0	9,7	7,1	5,6	2,8	5,4	2,8	7,0 - 7,3	
Rumänien	9,0	7,7	11,3	10,5	8,6	7,6	11,3	8,8	11,0	
Ungarn	4,1	6,8	6,2	3,0	7,8	4,0	5,0	3-4	5,4 - 5,7	
RGW (6)	.	.	7,8	5,9	5,8	4,3	6,1	4,6	6,6	
UdSSR	6,5	7,8	5,7	5,3	4,7	3)4,2	3)4,5	3)5,2	3)5,0	
RGW (7)	.	.	6,3	5,5	5,0	4,1	4,6	5,0	5,3	
	Bruttoproduktion der Industrie									
Bulgarien	11,7	10,9	9,1	5,8	6,8	7,0	7,7	7,8	9,1	
CSSR	5,2	6,7	6,7	5,5	5,7	5,0	5,1	4,5	5,7 - 6,0	
DDR	5,8	6,6	6,5	5,9	5,4	5,8	5,7	5,5	6,0 - 6,3	
Polen	8,5	8,4	10,5	9,8	5)8,6	5)5,8	5)6,8	5)4,9	5)8,2 - 8,5	
Rumänien	13,8	11,9	12,9	12,9	12,5	9,0	10,6	11,3	11,5	
UdSSR	8,6	8,5	7,4	4,8	5,7	4,8	4,5	5,7	6,2 - 6,8	
Ungarn	7,5	6,1	6,4	4,1	6,6	5,2	5,8	4,0	5,9 - 6,2	
	Bruttoproduktion der Landwirtschaft									
Bulgarien	3,2	3,5	3,0	4,1	-4,6	2,8	5,0	7,0	6) 3,7	
CSSR	- 0,6	4,9	2,7	- 2,7	9,1	1,5	3,4	3,8	6) 2,5 - 3,0	
DDR	0,8	1,5	2,9	- 5,4	6,8	3,0	3,5	1,3	6) 3,0	
Polen	2,8	1,8	3,6	- 0,7	0,8	4,2	5,8	3,9 - 4,8	6) 3,2 - 3,5	
Rumänien	2,5	1,9	6,5	17,4	-0,9	2,4	11,5	5,1 - 5,6	6) 6,9 - 9,0	
UdSSR	2,4	3,9	0,8	3,5	3,0	4,0	6,8	5,8	6) 2,7 - 3,2	
Ungarn	1,1	2,8	4,7	- 3,5	10,3	2,0	2,5	3,0 - 3,5	6) 3,0 - 3,2	
	Arbeitsproduktivität in der Industrie ⁷⁾									
Bulgarien	6,9	6,9	6,8	6,5	6,0	6,4	.	6,7	8,4	
CSSR	4,8	5,3	6,0	4,9	4,9	4,2	4,1	.	4,8 - 5,1	
DDR	6,5	5,7	5,4	5,4	4,8	5,1	5,0	4,6	5,4	
Polen	4,2	4,9	7,7	9,7	8)8,3	8)5,8	8)6,7	8)5,3	7,7	
Rumänien	7,6	7,3	6,4	8,8	8,1	7,1	9,0	10,2	9,2	
UdSSR	4,6	5,7	6,0	3,0	4,1	3,6	3,8	4,7	5,5	
Ungarn	4,8	3,5	6,2	5,2	6,8	5,3	5,5 - 6,0	4,0	5,8 - 6,2	
	Brutto-Anlageinvestitionen									
Bulgarien	7,9	12,5	8,6	0,6	14,2	-2,7	-2,9	5,2	5,4 - 6,9	
CSSR	2,3	7,3	8,0	5,2	5,7	6,6	5,6	2,4	7,5	
DDR	4,9	9,9	4,1	8,1	6,8	3,0	2,1	5,6	5,7	
Polen	6,8	8,1	18,4	2,3	4,3	-3,0	-4,9	-9,0	6,5 - 7,0	
Rumänien	11,2	11,2	11,5	8,0	11,7	16,2	16,8	9,1	12,8	
UdSSR	6,3	7,6	6,9	4,4	3,0	5,0	3,4	4,5	4,7	
Ungarn	4,9	11,7	7,1	0,2	14,4	4,0	-1,5	.	4,7	

noch: **Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern**
Jährliche Veränderung in vH

Länder	1965/60 ¹⁾	1970/65 ¹⁾	1975/70 ¹⁾	1976	1977	1978		1979	1980/75 ¹⁾	
	Ist						Plan			
Einzelhandelsumsatz										
Bulgarien	6,8	8,7	7,7	7,0	3,5	5,3	4,4	4,1	6,8	
CSSR	3,4	6,5	5,4	2,0	1,4	4,6	3,5	3,0	4,4	
DDR	2,6	4,6	5,4	4,6	4,3	3,5	4,0	4,0	4,0	
Polen	6,0	6,3	10,7	7,2	9) 12,2	9) 7,7	9) 9,8	9) 9,1	10,0	
Rumänien	9,9	8,3	8,1	8,5	6,9	11,5	10,0	8,3	8,7	
UdSSR	6,0	8,2	6,3	4,8	4,4	3,9	3,9	4,8	5,2	
Ungarn	5,2	8,8	6,1	1,1	6,2	3,9	4,0	3-4	4,8	
Monatslöhne und -gehälter¹⁰⁾										
Bulgarien	3,3	6,1	3,3	1,2	2,0	3,1	.	.	3,1	
CSSR	1,8	5,3	3,5	2,8	3,2	3,0	.	2,7	2,7	
DDR	2,7	3,6	3,3	3,4	2,9	3,5	.	.	.	
Polen	3,7	3,7	9,8	11,4	11) 7,1	11) 5,7	11) 3,0	6,5 - 7,0	.	
Rumänien	5,5	5,2	4,8	8,3	14) 5,5	10,6	13,3	.	11) 7,0	
UdSSR	3,7	4,8	3,6	3,8	2,6	3,0	2,2	1,8	3,2	
Ungarn	2,3	4,4	5,6	5,5	7,7	8,0	7,0	6,0	.	
Einfuhr¹²⁾										
Bulgarien	13,3	9,2	19,6	3,8	10,7	11,5	13) 11,5	13) 9,0	13) 9,9	
CSSR	8,0	6,7	13,7	10,3	12,9	7,7	6,5	5,7	13) 6,5	
DDR	5,1	11,5	14,0	16,9	8,6	10,0	13) 11,0	13) 9,8	13) 7,3	
Polen	9,4	9,0	23,7	10,6	5,5	4,7	4,2	5,1	4,6	
Rumänien	10,7	12,7	17,7	14,1	14,6	14,6	19,1	13) 16,6	13) 15,9	
UdSSR	7,4	7,8	20,4	7,8	4,8	14,8	13) 10,0	.	13) 6,0	
Ungarn	9,3	10,7	15,9	- 3,0	16,2	12,6	3) 8,0	3) 6,0	13) 8,1	
Ausfuhr¹²⁾										
Bulgarien	15,5	11,3	14,1	14,6	15,4	10,7	13) 11,5	13) 9,0	13) 9,9	
CSSR	6,9	7,1	11,3	11,8	12,4	9,4	7,9	6,3	13) 6,5	
DDR	6,8	8,3	12,7	12,7	5,8	10,3	13) 11,0	13) 9,8	13) 7,3	
Polen	10,9	9,4	19,3	7,1	11,4	9,8	9,9	9,1	11,8	
Rumänien	9,0	10,0	18,1	14,9	14,6	5,4	19,1	13) 16,6	13) 15,9	
UdSSR	8,0	9,4	15,9	16,7	18,7	7,2	13) 10,0	.	13) 6,0	
Ungarn	11,6	8,9	13,9	3,0	16,5	0,9	3) 11,5	3) 11,0	13) 8,1	

Anmerkungen: Angaben für 1978 vorläufig.

1) Im Jahresdurchschnitt.-2) Erwerbsfähige.-3) Geschätzt.-4) Gewichte in vH des produzierten Nationalprodukts: Bulgarien 2,1; CSSR 5,1; DDR 6,7; Polen 8,3; Rumänien 4,8; Ungarn 2,3; RGW(6) 29,3; UdSSR 70,7 Vergl.: Economic Survey of Europe 1977.-5) Umsatz.-6) Bezogen auf den vorangegangenen Fünfjahresdurchschnitt.-7) Bruttoproduktion je Beschäftigten.-8) Umsatz je Beschäftigten.-9) Warenlieferungen für den Binnenmarkt zu jeweiligen Preisen.-10) Staatlicher Sektor, nominal, je Lohn- und Gehaltsempfänger.-11) Netto.-12) Zu laufenden Preisen und jeweiligen Wechselkursen, fob-Werte; Ungarns Einfuhr cif.-13) Einfuhr und Ausfuhr.-14) Zuwachs des realen Lohnfonds.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, div. Jahrgänge.-Statistische Jahrbücher bzw. Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte und Volkswirtschaftspläne der RGW-Länder.

für den Verkehr und den Handel. Dabei geht offensichtlich vor allem vom Transportwesen eine hemmende Wirkung auf das Wachstum aus.

In der Sowjetunion dagegen konnten sowohl die Industrie als auch die übrigen Bereiche ein überplanmäßiges Wachstum verzeichnen. Die Nichterfüllung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziels ist hier allein der Entwicklung in der Landwirtschaft zuzuschreiben. Sie verfehlte den Planzuwachs um 3 Prozentpunkte (Zunahme in vH)³⁾:

	1978 Plan	1978 Ist	1979 Plan
Industrie	4,5	4,8	5,7
Landwirtschaft	6,8	4,0	5,8
Übrige Sektoren	3,2	3,3	4,1

³⁾ Im Gegensatz zu den übrigen RWG-Ländern wird für die UdSSR nur die Zuwachsrate für das verwendete Nationaleinkommen offiziell mitgeteilt. Die Zunahme für das produzierte Nationaleinkommen wurde hier geschätzt.

Die für 1979 geplante Wachstumsbeschleunigung außerhalb von Industrie und Landwirtschaft soll in erster Linie von der Bauwirtschaft getragen werden (Ist 1978: 2,4 vH; Plan 1979: 4 vH) auf die gegenwärtig 11 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistungen entfallen.

In allen RGW-Ländern war die Entwicklung 1978 durch zahlreiche Produktionsstörungen (Energie-, Rohstoff- und Versorgungslücken) gekennzeichnet. Deshalb und wegen der Verteuerung des Energie- und Rohstoffeinsatzes sowie wegen der – altbekannten – Mängel in der gesamtwirtschaftlichen Organisation ist es überwiegend nicht gelungen, die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität zu realisieren. Der Zuwachs der Produktion je Beschäftigten betrug⁴:

	1978 Plan	1978 Ist	1976/80 Plan
Bulgarien	7	6	7,5
CSSR	4,5	3,5	4,5
DDR (Industrieministerien)	5	5	5,4
Polen	4	2	6
Rumänien (Industrie)	9	7	9
UdSSR	3	2	4,5
Ungarn	5	4	5,5

Da im bisherigen Verlauf des gegenwärtigen Planjahres die beabsichtigte Produktivitätszunahme in keinem Land erreicht werden konnte, zielt die Planung für 1979 in der Regel auf eine Verstärkung des bisherigen gesamtwirtschaftlichen Wachstums ab. Nur in der UdSSR, in Bulgarien und Rumänien wird mit einer weiteren Belebung der Wirtschaftstätigkeit gerechnet. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts um jeweils einen Prozentpunkt.

Die diesjährige Planerfüllung wird aber nicht allein von der Entwicklung der Produktivität abhängen. Der lange, harte und schneereiche Winter hat in der Industrie, im Verkehr und in der Bauwirtschaft Störungen verursacht, die es – zusammen mit den negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft – schon jetzt unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß die ursprünglichen Ziele verwirklicht werden können.

Die Ergebnisse von 1978 machen außerdem deutlich, daß der Wirtschaftsablauf in wichtigen Bereichen (Investitionen, Außenhandel, Preise) der zentralen Steuerung weitgehend entglitten ist. Die wirtschaftliche Leistung entspricht in keinem RGW-Land den Ansprüchen der Parteiführung. Hiervon zeugen wiederholte Appelle an die arbeitende Bevölkerung und großangelegte Propagandaaktionen („sozialistischer Wettbewerb“, „Subbotnik“) mit dem Ziel, die Leistungen zu steigern. Parallel dazu werden in den meisten RGW-Ländern neuerdings auch Änderungen

Anteil der Industrie und der Landwirtschaft am produzierten Nationalprodukt und an der Beschäftigung 1977¹⁾
In vH

	Nationalprodukt		Beschäftigung ²⁾	
	Industrie ³⁾	Landwirtschaft ⁴⁾	Industrie ³⁾	Landwirtschaft ⁴⁾
Bulgarien	60	18	51	31
CSSR	71	9	60	19
DDR	67	10	63	14
Polen	64	16	45	36
Rumänien	73	17	47	39
UdSSR	63	17	49	28
Ungarn	59	16	52	27

1) Im Jahresdurchschnitt. 2) Im produzierenden Bereich. 3) Einschließlich Bauwirtschaft. 4) Einschließlich Forstwirtschaft.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW 1978.

des gesamtwirtschaftlichen Planungssystems angekündigt oder bereits durchgeführt. Diese Änderungen – sie unterscheiden sich von Land zu Land hinsichtlich des Umfangs, der Intensität und der Detaillösungen – stellen indes nur Modifizierungen der bestehenden Organisation und der angewandten Instrumente zentraler staatlicher Wirtschaftslenkung dar; in keinem Falle handelt es sich um eine weitreichende Reform des planwirtschaftlichen Systems. Ein nachhaltiger Beitrag zur Lösung des Produktivitätsproblems dürfte von diesen Maßnahmen kaum zu erwarten sein.

Landwirtschaft weiterhin Sorgenkind trotz hoher Getreideernten

In den RGW-Ländern wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung immer noch in hohem Maße von den Produktionsergebnissen der Landwirtschaft beeinflusst.

Die Getreideernte fiel 1978 – außer in Bulgarien und Rumänien – besser aus als in den beiden vorangegangenen Jahren; eine Rekordernte hatten die CSSR, die Sowjetunion und Ungarn. In den RGW-Ländern wurde in den drei Jahren des laufenden Fünfjahrplanes – hauptsächlich infolge der gestiegenen Hektarerträge – der Produktionsdurchschnitt von 1971/75 um 16 vH übertroffen. Trotzdem ist der RGW-Raum ein Nettoimporteur von Getreide geblieben. Die Sowjetunion allein bezog aus den USA 1978 rund 15 Mill. t Getreide; Polens – relativ größere – Getreideimporte dürften, ebenso wie in den beiden Vorjahren, 6 Mill. t betragen haben. Schließlich mußte 1978 auch Rumänien einen amerikanischen Kredit in Höhe von 110 Mill. US-\$ zur Finanzierung von Futtergetreideimporten in Anspruch nehmen.

⁴ Auf einen halben Prozentpunkt gerundet; vorläufige und zum Teil geschätzte Angaben.

Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse
in Mill. t

	1971/75 ¹⁾	1976	1977	1978 ²⁾
Getreide				
Bulgarien	7,5	8,6	7,7	7,8
CSSR	9,4	9,2	10,5	10,9
DDR	8,8	8,2	8,8	9,6
Polen	21,2	21,1	19,6	21,5
Rumänien	15,0	19,9	18,7	18,9
UdSSR	181,6	223,8	195,7	235,0
Ungarn	11,5	11,5	12,4	13,3
RGW (7)	255,0	302,3	273,4	317,0
Kartoffeln				
Bulgarien	0,4	0,4	0,4	0,4
CSSR	4,6	4,2	3,8	3,8
DDR	10,8	6,8	10,3	10,9
Polen	47,1	50,0	41,3	46,6
Rumänien	3,4	4,8	4,2	4,0
UdSSR	89,9	85,1	83,7	85,9
Ungarn	1,6	1,4	1,7	2,1
RGW (7)	157,7	152,7	145,4	153,7
Zuckerrüben				
Bulgarien	1,7	2,3	1,8	1,7
CSSR	6,9	5,2	8,2	7,5
DDR	5,5	5,0	7,4	6,8
Polen	13,8	15,1	15,9	15,7
Rumänien	4,8	6,9	6,2	5,8
UdSSR	76,0	99,9	93,1	93,8
Ungarn	3,1	3,9	3,9	4,2
RGW (7)	111,8	138,3	136,5	135,3

1) Im Jahresdurchschnitt. - 2) Vorläufige Angaben.
 Quellen: Statistisches Jahrbuch der VR Polen 1978, Planerfüllungsberichte.

Die Ernteerträge bei den meisten übrigen Produkten des Pflanzenbaus waren 1978 teilweise sogar rückläufig (z. B. Hackfrüchte und technische Kulturen in der Sowjetunion und in der CSSR, Gemüse und Obst in Ungarn). Die Zuwachsraten der pflanzlichen Produktion fielen somit insgesamt nicht so gut aus, wie man es aufgrund der Getreideernten erwartet hätte.

Die Tierbestände in Großvieheinheiten haben 1978 um 2 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Polen ist es gelungen, den vor drei Jahren eingetretenen Rückgang in der Viehhaltung wieder auszugleichen. Die Ergebnisse der tierischen Produktion blieben jedoch in den meisten Ländern – vor allem bei Fleisch und Fleischerzeugnissen – deutlich hinter den Erwartungen zurück, ein Faktor, der sich in einer verbreiteten Mißstimmung der Bevölkerung äußert.

Die Versorgungslücken bei Agrarerzeugnissen

können nur überwunden werden, wenn es gelingt, die starken Schwankungen der pflanzlichen und der tierischen Produktion zu vermindern. Außerdem bedarf es eines Anstiegs der gegenwärtig meist zu niedrigen Erträge je Flächeneinheit und je Tier. Zur Überwindung dieser Probleme werden in den RGW-Ländern bereits hohe Summen in den Agrar-Nahrungsmittelkomplex investiert: In der Sowjetunion sollen im laufenden Fünfjahrplan 1976/80 etwa 27 vH der Gesamtausgaben für Investitionen in diesen Bereich fließen, in den übrigen Ländern ist dieser Anteil etwa halb so hoch. In den letzten Jahren steigerte auch Polen diese Investitionen überdurchschnittlich; ihr Anteil soll 1979 26 vH betragen.

Deutliche regionale Unterschiede in der Investitionspolitik

Bei der Verwendung des Nationalprodukts läßt sich für 1978 innerhalb des RGW keine einheitliche Linie erkennen. Das höchste Wachstum bei den Brutto-Anlageinvestitionen hatte Rumänien; mit einer Zunahme von über 16 vH erreichten sie die im Plan vorgesehene Größe. In Bulgarien und Polen blieb dagegen das Investitionsvolumen unter dem Vorjahresergebnis; in Polen rechnet man auch für 1979 mit einem weiteren, noch stärkeren Rückgang der Investitionen. Mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien wurden in allen anderen Ländern mehr Mittel in den Investitionsbereich gelenkt, als im Plan beschlossen worden war: Die stärkste Planabweichung zeigte sich in Ungarn (Plan: – 1,5 vH, Ist: 4 vH real, 8 vH nominal)⁵.

Auch im laufenden Jahr liegen die Planziele für das Investitionswachstum in den einzelnen RGW-Ländern weit auseinander: zwischen + 9 vH für Rumänien und – 9 vH für Polen. Angesichts der starken Schwankungen der Investitionstätigkeit und der immer wieder zu beobachtenden Planabweichungen haben diese Zahlen freilich nur einen begrenzten prognostischen Wert.

Über die Struktur der Investitionen liegen bisher nur spärliche Informationen vor. Verschiedene Länder betonen die besondere Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere beim Wohnungsbau und Verkehrswesen.

Einige Länder haben darüber hinaus spezifische Maßnahmen ergriffen, um das unkontrollierte Wachstum der Investitionen zu begrenzen. Ungarn setzt fiskalische Maßnahmen ein, um die Investitionsfinan-

⁵ Informationen aus Polen und Ungarn deuten darauf hin, daß insbesondere die Lagerbildung kräftig gestiegen ist. Das könnte auch auf die Hortung von Importgütern und Rohstoffen sowie auf die Erhöhung des Anteils der unverkäuflichen Güter zurückzuführen sein.

zierung der Betriebe aus Eigenmitteln zu begrenzen, die 1978 die Hauptquelle der überplanmäßigen (und unerwünscht hohen) Investitionen waren. Auch Rumänien erschwerte die Selbstfinanzierung der betrieblichen Investitionen und erhöhte die Kreditzinsen für Investitionszwecke. Ebenso scheint Polen 1979 einige Restriktionen für kreditfinanzierte Investitionen vorgesehen zu haben.

Realeinkommen wachsen schwächer

Die Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten sind in den Ländern, in denen keine amtlichen Angaben über Preissteigerungen gemacht werden (DDR, CSSR, Bulgarien, UdSSR), nominal um 3 bis 3,5 vH gestiegen. In Polen, Ungarn und Rumänien lag der nominale Zuwachs zwischen 6 und 11 vH. Durch die Verteuerung der Lebenshaltung — sie betrug nach amtlichen Angaben in Polen 8,5 vH, in Ungarn 4,6 vH — wurde dieser Zuwachs teilweise oder ganz aufgezehrt. Für 1979 haben Polen und Ungarn erneut Preissteigerungen von 5 vH angekündigt, die aber unter den erwarteten Lohnsteigerungen liegen, so daß auch in diesen Ländern mit einer wenigstens minimalen Zunahme der realen Massenkaukraft gerechnet werden kann.

Die Arbeitseinkommen steigen — neben den leistungsabhängigen Erhöhungen — auch durch gezielte Aktionen, z. B. für besondere Gruppen von Beschäftigten. So wurden in Polen am 1. 7. 1978 die Mindestlöhne um 14 vH erhöht, was 8 vH der Arbeitskräfte zugutekam. In der Sowjetunion erhalten alle Beschäftigten im nicht-produktiven Sektor — das sind rund ein Drittel aller Arbeiter und Angestellten — einen Lohnzuschlag von 18 vH. Diese Aktion verläuft in drei Etappen und soll 1979 abgeschlossen sein. Bulgarien hat 1978 Reformen im Lohnsystem in Angriff genommen, Rumänien für 1979 entsprechende Maßnahmen angekündigt. Beide Länder folgen damit den Versuchen der anderen RGW-Staaten, mit gezielten Lohndifferenzierungen ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität zu stimulieren.

Rund vier Fünftel aller für den privaten Verbrauch bereitstehenden Geldeinkommen werden für Einkäufe im Einzelhandel und Ausgaben in Gaststätten verwendet. Der Umsatz expandierte 1978 in den meisten Ländern nominal um 3 bis 5 vH, ein Tempo, das auch 1979 durchweg nicht überschritten werden soll. Den weitaus höchsten Zuwachs erzielte 1978 Rumänien mit 9 vH. Für das laufende Jahr ist eine Umsatzsteigerung in ähnlicher Größenordnung geplant; hierbei ist zu berücksichtigen, daß Rumänien das wirtschaftlich schwächste Land des RGW ist. Es rangiert auch im Lebensstandard an letzter Stelle und hat somit den größten Nachholbedarf.

Konsolidierungsziel im Außenhandel nicht erreicht

Die Außenhandelspolitik der RGW-Staaten zielte auch 1978 auf eine Verminderung der Handelsbilanzdefizite. Unter Beibehaltung eines gemäßigten Importwachstums sollten die Exporte deutlich rascher expandieren. Dieses Vorhaben konnte jedoch nicht realisiert werden. Vielmehr stiegen die Importe mit 11 vH um fast 4 Prozentpunkte schneller als die Exporte. Das zusammengefaßte Handelsbilanzdefizit der RGW-Staaten hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 4,3 Mrd. TRbl erhöht.

Die Außenhandelsprobleme der RGW-Staaten sind sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite zu suchen. Von Ausnahmen abgesehen (Bulgarien, CSSR) ist es den RGW-Staaten nicht gelungen, den spezifischen Importbedarf zu drosseln. Die Wachstumsabschwächung hat auch den Exportspielraum

Außenhandel der RGW-Länder 1978
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	Insgesamt	Sozialistische Länder	Westl. Industrieländer ¹⁾	Entwicklungsländer
Bulgarien				
Import	11,5	13,6	3,5	0,4
Export ²⁾	10,7	9,0	14,5	20,9
Saldo	- 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,3
CSSR				
Import	7,7	10,8	8,0	- 27,0
Export ²⁾	9,4	9,7	8,2	9,2
Saldo	- 0,5	- 0,3	- 0,6	+ 0,3
DDR				
Import	7,5	6	10	15
Export ²⁾	10	10	6	32
Saldo	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 0,0
Polen				
Import	4,7	9,5	- 1,9	11,1
Export ²⁾	9,8	11,4	9,6	0,0
Saldo	- 1,4	- 0,1	- 1,5	+ 0,2
Rumänien				
Import	14,6	18,7	18,6	- 7,4
Export ²⁾	5,4	6,0	13,9	- 8,2
Saldo	- 0,5	- 0,3	- 0,5	+ 0,3
Ungarn				
Import	12,6	10,6	17,8	4,3
Export ²⁾	0,9	- 1,4	4,1	5,6
Saldo	- 1,3	- 0,4	- 0,9	- 0,0
RGW (6)				
Import	+ 9,1	+ 10,9	+ 7,9	+ 3,5
Export ²⁾	+ 8,4	+ 8,7	+ 8,9	+ 4,8
Saldo	- 5,3	- 1,5	- 4,8	+ 0,9
UdSSR				
Import	14,8	20,8	10,6	- 5,4
Export ²⁾	7,2	11,1	- 1,0	17,1
Saldo	1,1	0,5	- 2,3	2,9
RGW (7)				
Import	+ 11,4	+ 14,6	+ 8,8	- 0,4
Export ²⁾	+ 7,8	+ 9,6	+ 4,3	+ 5,5
Saldo	- 4,3	- 1,1	- 6,9	+ 3,7

1) In den Statistiken der RGW-Länder auch als kapitalistische Länder bezeichnet.- 2) In Mrd. Transfer-Rubel. 1 Transfer-Rubel entspricht 1,47 US-\$.
Quellen: Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher der RGW-Länder. Berechnungen des DIW.

der RGW-Länder eingeschränkt: Um die Versorgungsprobleme nicht noch zu vergrößern, haben die UdSSR, Ungarn und Rumänien ihre Exporte nicht im erwünschten Ausmaß ausgedehnt.

Das Handelsbilanzdefizit konzentriert sich auf den Westhandel der RGW-Länder. Mit Zuwachsraten von 9 vH bei den Importen und 4 vH bei den Exporten wurde dieser Handel nur unterdurchschnittlich ausgeweitet. Dabei nahm erstmals seit 1975 das Defizit wieder deutlich zu: um 2,5 Mrd. auf 10,2 Mrd. US-Dollar⁶. Allein die UdSSR hat ihren Einfuhrüberschuß auf 3,2 Mrd. US-Dollar verdoppelt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß mit den eigenen Exporterlösen noch 80 vH der Importe gedeckt werden. Bei den übrigen RGW-Staaten lag die Deckungsquote dagegen nur bei durchschnittlich 68 vH.

Handelsbilanzen der RGW-Länder gegenüber westlichen Industrieländern

Berichtsländer	1971	1977	1978	1971	1977	1978
	-1978			-1978		
	Saldo in Mrd. US-Dollar ¹⁾			Exporte in vH der Importe		
Bulgarien	- 2,5	- 0,4	- 0,3	62	65	72
CSSR ²⁾	- 3,7	- 0,7	- 0,9	76	72	71
DDR ²⁾	- 8,1	- 1,3	- 1,7	68	66	63
Polen	- 14,9	- 2,5	- 2,2	61	61	68
Rumänien	- 2,4	- 0,4	- 0,7	85	84	80
Ungarn	- 4,5	- 0,9	- 1,3	68	65	57
RGW (6)	- 36,1	- 6,1	- 7,0	69	67	68
UdSSR	- 15,8	- 1,5	3,2	80	89	80
RGW (7)	- 51,9	- 7,7	- 10,2	73	76	73

1) 1) US-Dollar entsprach 1977 0,737 TRb1, 1978 0,681 TRb1.-2) Einschließlich innerdeutscher Handel.
 Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder. Angaben für 1978 vorläufig bzw. Schätzungen.

Polen, das relativ hohe Kredite im Westen aufgenommen hat (gegenwärtiger Stand der Nettoverschuldung rund 17 Mrd. US-Dollar), ist dem Ziel, bis 1980 eine ausgeglichene Westhandelsbilanz zu erreichen, nur ein kleines Stück näher gekommen. Obwohl die Importe um 2 vH gedrosselt und die Exporte um 10 vH ausgeweitet wurden, betrug das Defizit 2,2 Mrd. US-Dollar. In den RGW-Ländern, in denen die Westimporte wieder schneller expandierten als die Westexporte (DDR, Rumänien, Ungarn) ist dies zu einem erheblichen Maße auf Mängel bei der Bereitstellung von Exportgütern zurückzuführen. Ost-West-Kooperationsvereinbarungen dürften kaum zu einer Exportbeschleunigung beigetragen haben; bei Ungarn – dem wohl mit Abstand kooperationsfreudigsten RGW-Land – haben Exporte aus Kooperationsvereinbarungen einen Anteil von 7 bis 8 vH an den gesamten Lieferungen in den Westen.

Das Defizit der UdSSR im Westhandel wird wesentlich durch Engpässe in der landwirtschaftlichen Produktion bestimmt. Die Getreideimporte der UdSSR aus den USA erreichten 1978 mit 1,44 Mrd. Dollar rund 45 vH ihres gesamten Defizits gegenüber dem Westen. Im Falle Polens machten die Getreide-

importe aus den USA knapp 20 vH des Defizits im Westhandel aus.

Regionalstruktur des Außenhandels der RGW-Länder
Anteile in vH

		OECD-Länder	RGW-Länder ³⁾	Entwicklungs-länder ⁴⁾
Einfuhr = 100				
RGW (6) ¹⁾	1970	27,2	64,4	4,5
	1976	33,6	57,1	6,6
	1977	30,2	59,8	7,2
	1978	29,8	61,0	6,0
UdSSR	1970	24,3	61,4	10,4
	1976	37,9	48,3	9,2
	1977	33,2	52,5	9,6
	1978	31,9	55,4	7,9
RGW (7) ²⁾	1970	26,1	63,3	6,8
	1976	35,4	53,5	7,7
	1977	31,4	57,0	7,8
	1978	30,7	58,7	7,0
Ausfuhr = 100				
RGW (6) ¹⁾	1970	24,0	64,8	6,0
	1976	24,7	62,9	8,5
	1977	22,6	63,9	7,7
	1978	22,6	64,1	9,1
UdSSR	1970	19,1	59,4	9,3
	1976	28,2	53,3	6,7
	1977	26,7	52,5	7,1
	1978	24,8	54,6	7,8
RGW (7) ²⁾	1970	22,0	62,5	7,3
	1976	26,1	58,8	7,2
	1977	24,4	58,8	8,0
	1978	23,6	59,9	10,0

1) Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Ungarn.- 2) RGW (6) zuzüglich UdSSR.- 3) RGW (7) zuzüglich Mongolei und Kuba.- 4) Soweit einzeln ausgewiesen. Angaben für 1978 vorläufig bzw. Schätzungen.
 Quellen: Statistische Jahrbücher bzw. Monatshefte und Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.

Die Verteuerung der sowjetischen Rohstoffexporte hat dazu geführt, daß die übrigen RGW-Staaten seit 1975 ihre Handelsbilanz gegenüber der UdSSR nicht mehr ausgleichen konnten. Mit Ausnahme der DDR und Bulgariens erzielten die RGW-Staaten 1978 gegenüber der Sowjetunion wieder einen geringen Überschuß. Dieses Ergebnis ist allerdings auf die erst mit der Übergabe erfolgte Verbuchung der von den RGW-Ländern (ohne Rumänien) in dreieinhalb Jahren gebauten Orenburg-Erdgaspipeline zurückzuführen. Dieser „Orenburg-Effekt“ führte im vierten Quartal 1978 zu einer Aufblähung der Exportwerte der kleineren RGW-Staaten (ohne Rumänien) im Warenhandel mit der UdSSR (+ 60 vH). Fortgesetzt hat sich indes der Trend einer leichten Zunahme der Intradblockverflechtung. Dies dürfte allerdings zum Teil darauf beruhen, daß die Preise im RGW-Intradblockhandel – mit Verzögerung – der Aufwärtsentwicklung der Weltmarktpreise angepaßt werden. Gegenwärtig wickeln die RGW-Staaten 60 vH ihres Außenhandels untereinander ab.

⁶ Nach Angaben der RGW-Länder. Werte wurden in US-Dollar umgerechnet.

Handelsbilanzen der RGW-Länder im Handel mit der UdSSR

Partnerländer	1971	1977	1978	1971	1977	1978
	-1978			1978		
	Saldo in Mill. TRbl ¹⁾			Exporte in vH der Importe		
Bulgarien	- 285	- 164	- 147	98	94	95
CSSR	- 247	- 243	+ 57	98	91	102
DDR	-1036	- 595	- 271	95	84	93
Polen	- 338	- 324	+ 150	98	90	104
Rumänien	+ 527	+ 18	+ 8	110	102	101
Ungarn	- 68	- 107	+ 34	99	95	101
RGW (6)	-1447	-1415	- 169	98	91	99

1) 1 TRbl entsprach 1977 1,36 US-\$, 1978 1,47 US-\$.
 Quelle: Außenhandelsstatistik der UdSSR, versch. Jahrgänge.

Folgt man den Plänen der RGW-Länder, so muß für 1979 mit einem schwachen Wachstum der Importe aus dem Westen gerechnet werden. Polen und

Ungarn haben sogar eine Stagnation ihrer West-einfuhren eingeplant. Auch bei den übrigen RGW-Staaten steht die Einsparung von Devisen im Zentrum der Außenhandelspolitik. Hinzu kommt, daß sich die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums innerhalb des RGW eher dämpfend auf den Westhandel auswirken wird. Hierfür spricht auch die Investitionspolitik der RGW-Länder, die sich auf die Fertigstellung jener Projekte konzentriert, die bis 1980 produktionswirksam werden sollen. Neue Investitionsvorhaben sollen so weit wie möglich zurückgestellt werden. Angesichts der witterungsbedingten Produktionsausfälle zu Beginn dieses Jahres wird es den wirtschaftsleitenden Instanzen jedoch kaum gelingen, diesen Kurs konsequent durchzusetzen. Der Westhandel wird wieder stärker zum Ausgleich von Versorgungslücken herangezogen werden müssen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von Burkhard Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von Fritz Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,60.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 23. 5. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks †, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe nützt Entwicklungs- und Industrieländern bearbeitet von Siegfried Schultz
und Dieter Schumacher. — *Zunehmende Wachstumsschwierigkeiten im RGW* bearbeitet von Jochen Bethkenhagen, Maria Lodahl,
Heinrich Machowski, Maria Elisabeth Ruban.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.